

Die friedliche Koexistenz in Israel ist nicht zerbrochen - sie war schon immer ein Mythos

Nimer Sultany / The Guardian, 21-05-19 /

<https://www.theguardian.com/commentisfree/2021/may/19/peaceful-coexistence-israel-myth-palestinian-denied-rights>

Als Palästinenser innerhalb Israels war ich lange Zeit ein Bürger zweiter Klasse, dem grundlegende Rechte verweigert wurden.

Am Dienstag waren in meiner Heimatstadt Tira, die innerhalb der israelischen Grenzen vor 1967 liegt, die Geschäfte geschlossen und die Straßen leer. Aus Protest gegen Israels Politik, sei es die ethnische Säuberung in Sheikh Jarrah, die Erstürmung der al-Aqsa-Moschee oder der Angriff auf Gaza, war ein Generalstreik ausgerufen worden.

Während die Zahl der palästinensischen Todesopfer weiter steigt, beklagen Kommentatoren das Zerbrechen der Koexistenz innerhalb Israels zwischen palästinensischen und jüdischen Bürgern. Doch nach meiner Erfahrung als palästinensischer Bürger in Israel gab es eine solche Koexistenz von vornherein nicht. Koexistenz impliziert einen Hintergrund von Gleichheit, Freiheit und gegenseitigem Respekt. Im Kontext der israelischen Herrschaft über uns ist Koexistenz jedoch eine Fiktion, die eine Realität von getrennten und ungleichen Leben verdeckt.

Wie die große Mehrheit der Palästinenser innerhalb Israels wuchs ich in einer separaten arabischen Gemeinde auf und wurde in einem separaten arabischen Schulsystem unterrichtet, vom Kindergarten bis zur High School. Als Jurastudent konnte ich wegen meiner Herkunft keine Wohnung in der Stadt Rishon LeZion mieten und brauchte die Hilfe eines jüdischen Familienfreundes, der an meiner Stelle den Mietvertrag unterschrieb - um diejenigen zu täuschen, die Vorurteile haben. Als junger Anwalt musste ich medizinisch behandelt werden, nachdem ich im Oktober 2001 von mehreren schlagstockschiwängenden Polizisten angegriffen wurde; die Bewohner meiner Heimatstadt protestierten gegen die Beschlagnahmung von Land, darunter auch das, das meiner Familie gehörte. Jedes Mal, wenn ich zum Studieren ins Ausland reiste, wurde ich am Flughafen rassistisch kontrolliert.

Ich fand es immer rätselhaft, dass so viele behaupten, das Problem liege nur in der israelischen Besetzung der Westbank und des Gazastreifens von 1967. Aber die Fakten sind da, für all jene, die sie sehen wollen. Israels politisches und rechtliches System ist grundlegend ungleich. Es lässt das formale Prinzip der Gleichheit in der Bill of Rights eklatant aus; es ermöglicht Hunderten von jüdischen Gemeinden, Nicht-Juden vom Aufenthalt auszuschließen; sein Verfassungsrecht erklärt, dass die jüdische Besiedlung ein oberster Wert für den Staat ist; und Israels Führer behaupten wiederholt, dass Israel kein Staat aller seiner Bürger ist, weil es ein jüdischer Staat ist. Israels Gerichte sind Teil des Problems, da sie die Kolonisierung unseres Landes und unsere generelle Unterordnung, unseren Ausschluss von grundlegenden Rechten sanktioniert haben.

Tira war früher eine landwirtschaftliche Stadt. Jahrzehntelange Konfiszierung, Hauszerstörungen, Inhaftierung und Diskriminierung bei Bildung, Beschäftigung und Wohlfahrt machten meine Stadt, wie praktisch jede palästinensische Stadt in Israel, zu einem Ghetto mit unterdurchschnittlichen Schulen und hohen Raten von Armut und Kriminalität. Fast 50 % der palästinensischen Familien in Israel leben unterhalb der Armutsgrenze - und obwohl wir, Stand 2009, etwa 20 % der Bevölkerung ausmachen, stellen wir 50 % der Gefängnisinsassen. Tira wurde zu einer Drehscheibe des organisierten Verbrechens, in der Bandenkriege und Schutzgelder nur allzu häufig vorkommen. Die Slogans von der Rechtsstaatlichkeit in Israel klingen hohl für diejenigen, die inmitten ständiger Unsicherheit und Gesetzlosigkeit leben.

Ein aktueller Bericht von Human Rights Watch hebt zu Recht die Politik der "Judaisierung" des Negev und Galiläas als Teil eines Apartheidsystems hervor. Aber diese Politik ist auch in anderen Teilen des Landes offensichtlich, einschließlich der so genannten gemischten Städte, die jetzt der Schauplatz von Unruhen sind. "Gemischt" ist eine weitere Phrase, die die Realität der Betonmauern verdeckt, die palästinensische und jüdische Viertel in Lydda und Ramleh voneinander trennen. Es gibt keine Koexistenz, wenn die Judaisierung dieser gemischten Städte und die Vertreibung der palästinensischen Bürger bei den Kommunalwahlen routinemäßig beschworen wird. Mit Hilfe der israelischen Landverwaltung errichteten Siedler aus dem Westjordanland und religiöse Eiferer eine rein jüdische Siedlung in Lydda. Die ständige Androhung von Hauszerstörungen in palästinensischen Vierteln in Lydda und dem nicht anerkannten Dorf Dahmash in der Nähe von Lydda sind auch kein Abbild der Koexistenz.

Die palästinensische Minderheit ist seit Jahrzehnten von dieser Politik betroffen und protestiert seit Jahrzehnten gegen sie. Diese Proteste werden oft mit tödlicher Polizeigewalt beantwortet, ohne dass die Polizei für ihr Fehlverhalten zur Rechenschaft gezogen wird. In den letzten Tagen haben Menschen in meiner Stadt Videos von Verhaftungen junger Männer durch die Polizei und von unprovokierter Polizeibrutalität geteilt - Praktiken, die an das Vorgehen der Polizei in Ost-Jerusalem erinnern. Benjamin Netanjahu versicherte der Polizei öffentlich, dass sie sich keine Sorgen um Ermittlungen und Untersuchungsausschüsse machen müsse. Die Aufwiegelung hat zu Angriffen durch bewaffnete Siedler und organisierte ultrarechte Gruppen in Lydda und anderswo geführt. Die Sprechchöre dieser Gruppen "Tod den Arabern" sind den palästinensischen Bürgern aus Fußballstadien im ganzen Land bekannt.

Zwangsumsiedlung, Konfiszierung von Land, ein minderwertiger rechtlicher Status und Inhaftierung sind Realitäten, die alle Palästinenser teilen, ob "innerhalb" Israels oder in den besetzten Gebieten. Es ist einfach falsch zu behaupten, dass eine vorher existierende Koexistenz zerrüttet ist. Palästinenser innerhalb Israels protestieren gegen die israelische Politik in Sheikh Jarrah und die Bombardierung des stark bevölkerten Flüchtlingsgefangenenlagers, das Gaza ist, weil sie die Einheit und Kontinuität im kolonialen System der Unterdrückung über alle Palästinenser sehen. Unser Protest bekräftigt die Einheit eines antikolonialen Kampfes für Gleichheit und Freiheit.

Nimer Sultany ist Dozent für öffentliches Recht an der Soas University of London

*** Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version) ***